

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mehr Investitionen für Bildung und Forschung statt Eigenheimzulage

Der am 14. Juli 2004 von der Bundesregierung verabschiedete „Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Unterstützung der Innovationsoffensive durch Abschaffung der Eigenheimzulage“ sieht vor, die Eigenheimzulage zum 1. Januar 2005 abzuschaffen. Die Eigenheimzulage ist seit Jahren die steuerliche Einzelsubvention mit dem höchsten Volumen. Ihre Notwendigkeit und Effizienz wird seit geraumer Zeit in Frage gestellt. Frei werdende Mittel will die Bundesregierung in Bildung und Forschung investieren.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrats, also auch des Landes Bremen. Bei voller Jahreswirkung würden jährlich 5,893 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen zur Verfügung stehen, wovon den Bundesländern 2,504 Mrd. Euro im Jahr zustünden. Das Land Bremen könnte von ihren Steuermehreinnahmen schon in den nächsten fünf Jahren allein im Grundschulbereich über 220 neue Lehrerstellen schaffen.

Im Ländermittel der OECD-Mitgliedstaaten wurden im Jahr 2000 5,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Bildungssysteme aufgewendet. Deutschland liegt mit 5,3 % leicht unter diesem Durchschnitt. Damit ist der Anteil nach 5,5 % 1995 und 5,6 % 1999 wieder leicht gesunken. Deutlich höhere Anteile ihres BIP gaben beispielsweise Kanada (6,4 %), Dänemark (6,7 %), Frankreich (6,1 %), Korea (6,3 %) und die Vereinigten Staaten (7 %) aus. Diese Zahlen verdeutlichen, dass in Deutschland erhebliche Defizite bei der Bildungsfinanzierung bestehen. Dieser Herausforderung müssen sich Bund und Länder stellen. Eine Umsteuerung der vorhandenen Ressourcen aus der Eigenheimzulage in Zukunftsinvestitionen ist somit dringend geboten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur finanziellen Unterstützung der Innovationsoffensive durch Abschaffung der Eigenheimzulage im Bundesrat zuzustimmen.

Die hierdurch auch im Land Bremen mehr zur Verfügung stehenden Mittel sollen analog zum Bundeshandeln in Bildung und Forschung investiert werden.

Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen